

**„Ausblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft“**

**Vortrag von Georg Boomgaarden, Staatssekretär des Auswärtigen Amts**

**bei UNICE in Brüssel am 17. Oktober 2006**

**„Preview on the German Presidency“**

**Presentation by the Secretary of State of the German Foreign Office,**

**Georg Boomgaarden**

**at UNICE day Brussels**

**17th Oktober 2006**

**Vortrag in deutscher Sprache; es gilt das gesprochene Wort.**

## I. Ausgangsbedingungen und Leitphilosophie der D-Präsidentschaft

- Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. In unsere Präsidentschaft fällt der 50. Jahrestag der Römischen Verträge. Dies ist ein Anlass, die einzigartige Erfolgsgeschichte der Europäischen Union zu feiern: die europäische Integration hat diesem Kontinent in nie da gewesener Weise Frieden und Wohlstand gebracht.
- Und doch kann es ein „Weiter so, Europa“ nicht geben! Denn tatsächlich fällt die deutsche Präsidentschaft in eine für die EU kritische Phase:
- Der Verfassungsprozess ist ins Stocken geraten.
- Zunehmende Europaskepsis hat sich in vielen MS breit gemacht; viele sprechen von einer Vertrauens- und Orientierungskrise.
- Die Kräfteverhältnisse in der Welt haben sich verschoben: Wir erleben den Aufstieg Chinas, Indiens und weiterer Schwellenländer; Russland findet zu neuer Stärke. Die Effekte der Globalisierung, sowie vielfache Risiken und internationales Konfliktpotential fordern uns Europäer heraus.
- Es wird in vielen Themenbereichen deutlich, dass die Mitgliedsstaaten für sich allein die zentralen Zukunftsfragen nicht mehr bewältigen können. Europa muss seine Stärken bündeln. Die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind nur im Rahmen der Europäischen Union zu bewältigen.
- Als künftiger deutscher Ratsvorsitz sehen wir daher die Notwendigkeit, den Integrationsprozess neu auszurichten und neu zu legitimieren: Wir können Europa heute nicht mehr aus dem Blickwinkel der Nachkriegssituation betrachten, auch nicht aus der Sicht der Zeit unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Sondern wir müssen Europa heute von den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts her begründen.
- Es geht um folgendes:
  1. Um auf globalen Märkten bestehen zu können, brauchen wir eine starke und dynamische Wirtschaft und ein angemessenes Sozialmodell.

2. **Angesichts der Bedrohung durch Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität müssen wir bei der inneren Sicherheit besser zusammenarbeiten.**
  3. **Wir müssen helfen, unsere europäischen Nachbarregionen zu stabilisieren.**
  4. **Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz sowie der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen bedürfen besonderer Anstrengungen.**
- **Wenn die Europäische Union diesen Beitrag leisten soll und wenn wir wollen, dass die Bürger europäisches Handeln akzeptieren, dann brauchen wir handlungsfähige Institutionen, eine klare Kompetenzordnung, Transparenz und demokratische Legitimation europäischen Handelns.**

## **II. Zum konkreten Inhalt unseres Arbeitsprogramms:**

### **II.1. Wirtschaftliche Dynamik und soziale Verantwortung**

- **Eine Schlüsselvoraussetzung für eine zukunftsfähige Europäische Union ist die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Dynamik. In unserer Präsidentschaft wollen wir die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln in Europa weiter verbessern und einen Beitrag zu Bildung, Forschung und Innovation leisten.**
- **Beim Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft liegt die EU hinter den selbst gesteckten Zielen zurück. Wir brauchen eine erhebliche Steigerung der Investitionen in Forschung, Bildung und Ausbildung. Und wir brauchen eine enge Verzahnung von Ausbildung, produktnaher Forschung und innovativer Technologie.**
- **Hierfür wollen wir das 7. Forschungsrahmenprogramm, den neu geschaffenen Forschungsrat und das angestrebte Netzwerk der Europäischen Technologieinstitute einsetzen. Zur Unterstützung von**

Qualifizierung und Strukturwandel soll vermehrt auch das Instrument der Strukturfonds herangezogen werden.

- Mit zahlreichen Einzelmaßnahmen wollen wir den Binnenmarkt weiter vervollständigen, die Wettbewerbfähigkeit der Wirtschaft stärken und Bürokratie abbauen. Das reicht von der Marktliberalisierung für Postdienstleistungen über Maßnahmen für preisgünstigeres Mobiltelefonieren zu Kostensenkungen bei Geldüberweisungen bis zu Vereinfachungen beim Zoll und beim Patentrecht.
- Im Rahmen des sog. Lissabon-Prozesses wollen wir klar machen, wo Verantwortung auf EU-Ebene liegt und wo auf nationaler Ebene Hausaufgaben zu erledigen sind.

### Energiepolitik

- Ein besonderer Schwerpunkt unserer Präsidentschaft gilt der Energiepolitik. Der globale Wettlauf um die Energiereserven und um alternative Energiekonzepte ist in vollem Gange. Energie ist ein zentraler Machtfaktor internationaler Politik geworden.
- Beim Frühjahrsgipfel im März 2007 wollen wir einen europäischen Aktionsplan für eine gemeinsame Energiepolitik beschließen. Mit folgenden Elementen:
  - 1 Es erscheint uns wichtig – auch im Interesse der Verbraucher -, dass der Wettbewerb bei Strom und Gas intensiviert wird. Ein Bericht der Europäischen Kommission soll Anfang 2007 offenlegen, wo Defizite bestehen, wo die Mitgliedstaaten nacharbeiten müssen und wo eventuelle ergänzende neue Weichenstellungen nötig sind, damit der Binnenmarkt für Strom und Gas, der für den 1. Juli 2007 vorgesehen ist, wirksam werden kann.
  - 2 Wir müssen Überlegungen konkretisieren, wie der Importbedarf an fossiler Energie durch die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien begrenzt werden kann und ob und

ggfs. welche Regeln und Anreize hierzu auf EU-Ebene gesetzt werden sollen.

- 3 Im Bereich der „Energieaußenpolitik“ wollen wir die energiepolitischen Partnerschaften mit wichtigen Lieferanten-, Transit- und Verbraucherländern auf eine solide und verlässliche Grundlage stellen. Diesen Dialog wollen wir insbesondere mit Russland, China, Indien und den USA im Rahmen der EU-Außenbeziehungen und im Rahmen der G8, der wir ja nächstes Jahr auch vorsitzen, führen.

### Ein Wort zur sozialen Dimension Europas

- Trotz neuer Chancen und Möglichkeiten fühlen sich viele Menschen durch die Globalisierung in ihrer kulturellen und sozialen Identität bedroht.
- Die Debatte um die Dienstleistungs-Richtlinie hat gezeigt: europäische Rechtsetzung muss – wenn sie Akzeptanz finden will - soziale Folgen im Blick haben. Aus diesem Grund werden wir uns dafür einsetzen, dass Rechtsetzungsvorhaben konsequent auf ihre sozialen Auswirkungen hin überprüft werden.
- Im übrigen sind wir der Auffassung, dass Europa nicht sozialer wird, wenn wir die Gestaltung der Sozialen Sicherungssysteme Brüssel überlassen. Es gibt kein einheitliches europäisches Sozialmodell, sondern viele ganz unterschiedliche Modelle, in denen sich nationale Traditionslinien widerspiegeln. Die sollten wir respektieren, und wir sollten das den Menschen klar sagen.

### II.2. Innere Sicherheit

- Im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität erwarten Europas Bürger – wie kaum in einem anderen Bereich - mehr Zusammenarbeit in der EU.
- 1 Deutschland unterstützt eine intensivere Zusammenarbeit der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden in Europa. Dazu gehört für uns die

**Stärkung von Europol und der Ausbau des europäischen Daten- und Informationsverbunds.**

**2 Angesichts wachsenden Immigrationsdrucks wollen wir die Bemühungen um eine kohärente Migrations- und Asylpolitik auf europäischer Ebene vorantreiben. Wir streben einen Gesamtansatz Migration an, in dessen Rahmen alle Instrumente der EU zusammenwirken. Neben Afrika muss die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarregionen intensiviert werden.**

### **II.3. Äußere Sicherheit**

- **Unsere Außenpolitik muss darauf zielen, den Europäischen Raum der Sicherheit und Stabilität über die EU-Grenzen hinaus auf unsere Nachbarn auszudehnen. Politischer Dialog, wirtschaftliche Verflechtung und der Aufbau einer konkreten Zukunftsperspektive für die Menschen dort: diese Prinzipien können Vorbild für die Gebiete an der östlichen EU-Grenze, für den Nahen Osten und für den Mittelmeerraum sein.**
- **Ganz besonders möchten wir die Beziehungen Europas zu Russland auf ein erneuertes Fundament stellen. Auf der Tagesordnung steht die Ausgestaltung und Intensivierung der Zusammenarbeit in den vier sogenannten Räumen (Wirtschaft, Inneres/Justiz, Äußere Sicherheit und Kultur) sowie die Neuverhandlung des bestehenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens.**
- **Darüberhinaus möchten wir das Angebot Europas an die Adresse der Ukraine und anderer östlicher Nachbarn bis hin zu den Staaten Zentralasiens verbessern.**
- **Und natürlich werden uns die laufenden internationalen Fragen, u.a. Nahost, Kosovo, Kongo weiter intensiv beschäftigen.**

### **II.4. Verfassungsprozess**

- **Unser Ziel ist, einen für alle akzeptablen Vorschlag zum weiteren Vorgehen in der Verfassungsfrage zu machen, d.h. zu Modalitäten und Zeitplänen. Wir streben an, dass die Wahl des Europäischen Parlaments 2009 auf einer neuen vertraglichen Grundlage erfolgt.**
- **Unser Ausgangspunkt ist klar: Wir stehen zum Verfassungsvertrag und wollen ihn in seiner politischen Substanz erhalten.**
- **Gleichzeitig müssen wir die Einschätzung unserer französischen und niederländische Partner zur Kenntnis nehmen, wonach der vorliegende Vertrag nicht noch einmal in dieser Form vorgelegt werden kann.**
- **Dem ist aber gegenüber zu stellen, dass mit der bevorstehenden Ratifikation durch FIN sowie dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 18 Mitgliedstaaten ratifiziert haben werden, also zwei Drittel der MS. Sieben MS haben den Ratifikationsprozess suspendiert. Wenn wir eine Lösung erreichen wollen, müssen sich alle bewegen, aber im Lichte dieser Konstellation vielleicht einige mehr als andere. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die nicht ratifiziert haben, der Mehrheit der Mitgliedstaaten – die ratifiziert haben – eine Lösung auferlegen.**
- **In diesem Bereich ist sehr viel an Überzeugungsarbeit und vertrauensbildenden Maßnahmen notwendig: Und wenn ich an dieser Stelle einen Wunsch frei hätte, dann würde ich mir die Unterstützung der europäischen Wirtschaft bei diesem ehrgeizigen Vorhaben der deutschen Ratspräsidentschaft wünschen.**
- **Die Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft sind hoch. Aber: Die EU hat in den letzten 50 Jahren Mechanismen und Instrumentarien geschaffen, die einmalig sind auf der Welt. Wir müssen diese Instrumente effizient nutzen und weiterentwickeln, um im 21. Jahrhundert zukunftsfähig zu bleiben. Und: Wir brauchen mehr Vertrauen, Tatkraft und Optimismus.**
- **Vielen Dank**